

Grundlagen der politischen Partizipation von Jugendlichen



Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ

Der DSJ ist das politisch neutrale Kompetenzzentrum für die politische Bildung und politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Der DSJ unterstützt mit den youpa-Angeboten Jugendparlamente und Jugendräte in der Schweiz und in Liechtenstein. Durch das Programm easyvote und das Projekt engage.ch lernen die Jugendlichen ihre politischen Rechte und Pflichten kennen und werden dazu befähigt, neue, innovative Ideen und Lösungsansätze in die Politik einzubringen. Der DSJ fördert ausserdem die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die politische Mitwirkung von Jugendlichen durch Forschung, Austausch von Fachwissen und Interessenvertretung. Bei allen Tätigkeiten gilt das Motto „Von der Jugend für die Jugend“.

Mit dem Bereich Grundlagen Politische Partizipation (GPP) setzt sich der DSJ für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die politische Partizipation und die politische Bildung von Jugendlichen und insbesondere für die Jugendparlamente auf allen föderalen Ebenen ein. Dies tut er durch Aktivitäten in der fachlichen Weiterentwicklung, durch nationale und internationale Vernetzung sowie Beratungen und Forschung. Die Themenschwerpunkte sind Civic Tech, Nachwuchsförderung für das Milizsystem, Mitwirkung in politischen Partizipationsprozessen und praxisnahe politische Bildung.

Inhalt

1	Gründe für die Förderung der politischen Partizipation	4
	Die Bedeutung der politischen Nachwuchsförderung Integration, Recht und Empowerment von Jugendlichen Krise der Freiwilligenarbeit bei Jugendlichen	
2	Was ist politische Partizipation von Jugendlichen?	6
	Politische Bildung Politisches Interesse Politische Partizipation Wirkungsmodell der politischen Partizipation	
3	Rechtliche Grundlagen der politischen Partizipation von Jugendlichen	8
	Internationale Ebene Nationale, kantonale und kommunale Ebene	
4	Politische Partizipation von Jugendlichen im Schweizer Föderalismus	11
	Nationaler Zuständigkeitsbereich Kantonaler Zuständigkeitsbereich Kommunaler Zuständigkeitsbereich	
5	Formen der politischen Partizipation	12
	Grundsätzliches Beispiele für politische Partizipationsmöglichkeiten	
6	Qualitätsmerkmale der politischen Partizipation	14
	Qualitätsmerkmale Operationalisierung	
7	Partizipationstypen	16
	Engagierte Konventionelle (Digitale) Aktivistinnen und Aktivisten (Analoge) Unkonventionelle Apolitische	
8	Zahlen zu politischer Partizipation	17
	Bedarf nach politischer Partizipation Politisches Interesse Bedeutung politischer Bildung Motivierende Akteure: politische Mobilisierung von Jugendlichen Popularität von politischen Aktivitäten Politische Informationsbeschaffung und Vertrauen Ideologische Verortung der Jugendlichen	

1 Gründe für die Förderung der politischen Partizipation

Die Bedeutung der politischen Nachwuchsförderung

Oft liest man, dass das politische System westlicher Demokratien in einer (Vertrauens-)Krise stecke. Etablierte Parteien haben Mühe, ihre WählerInnenanteile zu halten und neue, teils radikale Bewegungen sind auf dem Vormarsch. In der Schweiz ist das Vertrauen in die etablierten politischen Institutionen gemäss diversen Umfragen hingegen immer noch ausserordentlich hoch. Die im globalen Vergleich weitreichenden politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Schweizer BürgerInnen könnten eine Erklärung dafür sein.

Die direktdemokratischen Elemente in der Schweiz sind einzigartig. Gerade durch Initiativen, Referenden, Volksabstimmungen und Wahlen können sich die BürgerInnen auf einfachem Weg politisch einbringen. Daneben gibt es noch weitere, indirekte Mitwirkungsmöglichkeiten wie Vernehmlassungsverfahren, Anhörungen sowie in manchen Kantonen und Gemeinden Volksmotionen.

Dennoch zeigen sich auch in der Schweiz Anzeichen einer Vertrauenskrise gegenüber den etablierten politischen Prozessen und Institutionen. So hat etwa in den letzten Jahren das Vertrauen der Jugendlichen in die Medienlandschaft im Zuge der „Fake-News“-Debatte erheblichen Schaden genommen.¹ Die Förderung von Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung der BürgerInnen ist zweifellos ein geeignetes Mittel, dem wachsenden Misstrauen gegen das politische System entgegenzuwirken. In dieser Hinsicht erscheint es als besonders opportun, politische Partizipation bereits bei Jugendlichen zu fördern, um langfristig einen optimalen Lernprozess bei den BürgerInnen sicherzustellen. Ein weiterer Wesenszug des politischen Systems der Schweiz ist das Milizsystem. Politische Ämter werden insbesondere auf Gemeindeebene meist nebenberuflich ausgeübt. Auch dies verlangt einen aktiven Einbezug der Bevölkerung in das politische Funktionieren einer Gemeinde, eines Kantons oder des Bundes. Viele Gemeinden haben jedoch Mühe, politischen Nachwuchs zu finden. Somit ist auch hier eine frühe Förderung angesagt – wie auch im Sport oder in der Musik der Nachwuchs früh gefördert wird. Nicht zuletzt besteht das Ziel dieser Förderung darin, die politische Partizipation nachhaltig zu gestalten, um dauerhafte Ergebnisse zu erzielen.

Die Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen

- erhöht die Motivation der Jugendlichen, später ein politisches Amt zu übernehmen,
- führt zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit den politischen Rechten und deren Wahrnehmung und
- verbessert die demokratische Diskussionskultur.

Obwohl die Bedeutung der politischen Partizipation von Jugendlichen kaum je bestritten und von vielen gefordert wird, fehlt es an einheitlichen Konzepten und Modellen. Die vorliegende Broschüre will dieses Problem angehen und Grundlagen schaffen, indem sie ein Panorama der verschiedenen Bereiche rund um das Thema politische Partizipation und politische Bildung von Jugendlichen bietet.

Integration, Recht und Empowerment von Jugendlichen

Jugendliche werden oft vom politischen Prozess ausgeschlossen, selbst wenn sie unmittelbar davon betroffen sind. Vor der Volljährigkeit haben Jugendliche zumeist keine rechtlichen Möglichkeiten, sich politisch verbindlich einzubringen. Eine Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen bedeutet deshalb immer auch eine Förderung der gesellschaftlichen Integration einer ganzen Generation. Wenn den Jugendlichen Rechte gegeben werden und ihnen Verantwortung übertragen wird, werden sie befähigt, sich für ihre Anliegen und jene von anderen einzusetzen.

Schweizer BürgerInnen erlangen zwar erst mit der Vollendung des 18. Lebensjahres das Wahl- und Stimmrecht, trotzdem besteht für Jugendliche die Möglichkeit, sich auf anderem Wege politisch einzubringen. So wird in der von der Schweiz ratifizierten UNO-Kinderrechtskonvention den Jugendlichen in Artikel 12 beispielsweise das Recht zugesprochen, sich zu Angelegenheiten, die sie berühren, frei äussern zu dürfen. Zudem ist darin festgelegt, dass der Staat diese Meinung angemessen zu berücksichtigen habe.

Nicht zuletzt ist die politische Partizipation auch eine Möglichkeit zu non-formaler Bildung für Jugendliche. Dabei können sie sich Kompetenzen aneignen, die in verschiedenen Lebensbereichen von Vorteil sind.

Krise der Freiwilligenarbeit bei Jugendlichen

Jugendliche engagieren sich weniger stark freiwillig als andere Altersgruppen. Im Jahr 2016 betrug der wöchentliche Zeitaufwand für Freiwilligenarbeit aller Freiwilligen zwischen 15–24 Jahren 2.8 Stunden. Damit erreichte der Zeitaufwand für Freiwilligenarbeit in dieser Altersgruppe zum ersten Mal seit 1997 einen Wert von unter 3 Stunden und damit den tiefsten Wert aller Altersgruppen. Noch im Jahr 2013 lag die Altersgruppe der Jugendlichen an dritter Stelle.² Diese Zahlen unterstreichen die Notwendigkeit, die politische Partizipation von Jugendlichen möglichst früh zu fördern.

¹ gfs.bern, Weniger Informationsverlust und niedriges Vertrauen. Junge Erwachsene und Politik im Zeitalter von Fake-News und verändernder Medienlandschaft, Schlussbericht easyvote-Politikmonitor 2017, Bern 2018, S. 19.

² Quelle: Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE).

Zeitaufwand für Freiwilligenarbeit (Stunden pro Woche)



2 Was ist politische Partizipation von Jugendlichen?

Oftmals vermischt sich der Begriff der politischen Partizipation mit Begriffen wie politisches Interesse und politische Bildung. Im Verständnis des DSJ beeinflussen sich diese Konzepte zwar, sind jedoch nicht deckungsgleich. Im Folgenden wird deshalb der Versuch einer begrifflichen Abgrenzung unternommen.

Politische Bildung

Politische Bildung zielt darauf ab, systematische Kenntnisse über das eigene politische System zu vermitteln und die Fähigkeit zum politischen Handeln zu stärken. Die StaatsbürgerInnen sollen also über ihre Rechte und Pflichten unterrichtet werden. Konkret umfasst die politische Bildung die Aneignung von verschiedenen Fähigkeiten wie die Analyse-, die Methoden- und die Handlungskompetenz. Die Analysekompetenz umfasst das Erkennen von Strukturen sowie Prozessen und damit einhergehend die Analyse politischer Sachverhalte. Die Methodenkompetenz befähigt die BürgerInnen dazu, einen Sachverhalt zu erklären, Aussagen kritisch zu hinterfragen und schliesslich sich eine eigene Meinung zu bilden sowie diese auch gegen aussen zu vertreten. Die Handlungskompetenz erlaubt es, sich politisch durchzusetzen und gegebenenfalls Kompromisse zu schliessen. Diese Fähigkeiten tragen massgeblich zur Herausbildung und Weiterentwicklung von aktiven BürgerInnen und damit zu verstärkter gesellschaftlicher sowie politischer Partizipation bei. Umgekehrt fördert aber auch die Beteiligung der BürgerInnen an politischen Prozessen und Strukturen ihre politische Bildung. Somit besteht eine Wechselbeziehung zwischen den beiden Konzepten. Gerade im politischen System der Schweiz, in dem die BürgerInnen durch die direkte Demokratie und das Milizsystem viel Verantwortung übernehmen können, ist die politische Bildung deshalb von grosser Bedeutung.

Politisches Interesse

Unter politischem Interesse wird generell die Neugier für politische Angelegenheiten verstanden. Das politische Interesse ist eine notwendige Voraussetzung für die kognitive Auseinandersetzung mit politischen Themen und für die Bereitschaft, sich in diesem Bereich zu engagieren.³ Das Interesse an der Politik führt aber nicht automatisch zu politischer Beteiligung. Im Vergleich zum politischen Interesse beinhaltet die Partizipation eine aktive Verhaltenskomponente wie die Teilnahme an einer Abstimmung oder das Engagement in einem Jugendparlament. Während politisches Interesse also eine notwendige Voraussetzung für politisches Engagement ist, stärkt die politische Partizipation das Interesse am politischen Geschehen. Folglich existiert eine Wechselwirkung zwischen den beiden Phänomenen.⁴

Politische Partizipation

Partizipation bezeichnet die Teilhabe einer Person oder einer Gruppe an politischen Prozessen und Strukturen.⁵ Dabei wird zwischen individuellen und kollektiven Formen der Partizipation unterschieden.⁶ Ein Beispiel für individuelle Partizipation ist die Anhörung von Jugendlichen im Scheidungsverfahren ihrer Eltern. Ein Beispiel für kollektive Partizipation ist die Anhörung aller Jugendlichen einer Gemeinde zum Umbau des Sportplatzes. Kollektive Formen der Partizipation sind also in der Regel eher dem politischen Bereich zuzuordnen. Entscheidend für die Frage, inwiefern eine Partizipation als politisch gilt, ist immer auch das Selbstverständnis der Partizipierenden.⁷ Der DSJ versteht deshalb die politische Partizipation von Jugendlichen wie folgt:

Die politische Partizipation von Jugendlichen ist eine in der Regel kollektive Partizipationsform, bei der Jugendliche in politische Prozesse einbezogen werden. Der Einbezug muss dabei durch politische Strukturen, Personen oder Institutionen anerkannt werden. Ob eine Partizipationsform politisch ist, hängt auch vom Selbstverständnis der Partizipierenden ab.

Wirkungsmodell der politischen Partizipation

Welche Faktoren beeinflussen die politische Partizipation von Jugendlichen? Hier spielen individuelle Faktoren wie das politische Interesse, zeitliche, materielle und kulturelle Ressourcen sowie Kompetenzen eine wichtige Rolle. Diese Faktoren sind von aussen oft nur schwer beeinflussbar. Grössere Einflussmöglichkeiten ergeben sich bei den strukturellen und politischen Faktoren. So wird die politische Partizipation von Jugendlichen durch eine entsprechende rechtliche Verankerung, eine gesicherte Finanzierung sowie die politische Anerkennung massgeblich gefördert. Jugendliche können in der Regel dann am besten in einen politischen Prozess eingebunden werden, wenn sie an der Umsetzung einer Massnahme beteiligt werden. Dabei hat es sich in der Vergangenheit bewährt, wenn die Umsetzung von den zuständigen Stellen begleitet und das Angebot jugendgerecht ausgestaltet wird. Auf der Umsetzungsebene kann die politische Partizipation von Jugendlichen also mit wenig Aufwand gefördert werden.

3 Schmid, Christine, Politisches Interesse von Jugendlichen. Eine Längsschnittuntersuchung zum Einfluss von Eltern, Gleichaltrigen, Massenmedien und Schulunterricht, Wiesbaden 2004, S. 14, 16; van Deth, Jan W., Interest in Politics, in: Jennings, M. Kent / van Deth, Jan W. (Hg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin 1990, S. 275-312.

4 Ders., What is Political Participation?, in: Oxford Research Encyclopaedia of Politics, 2016, <http://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-68?print=pdf>, aufgerufen am 29.1.2019.

5 Rehmann-Sutter, Christoph, Artikel „Partizipation“, in: Cariget, Erwin / Mäder, Ueli und Bonvin, Jean-Michel (Hg.), Wörterbuch der Sozialpolitik, Zürich 2003.

6 Vgl. Zermatten, Jean und Stoecklin, Daniel, Le droit des enfants de participer. Norme juridique et réalité pratique: Contribution à un nouveau contrat social, Sion 2009; Wittwer, Stefan, Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz, Bern 2015.

7 Van Deth, Jan W., 2016, What is Political Participation, S. 2.

*Jugendliche können
in der Regel dann am
besten in einen
politischen Prozess
eingebunden werden,
wenn sie an der
Umsetzung einer
Massnahme beteiligt
werden.*

3 Rechtliche Grundlagen der politischen Partizipation von Jugendlichen

Internationale Ebene

UN-Kinderrechtskonvention (KRK) Auf internationaler Ebene sieht die UN-Kinderrechtskonvention den Einbezug von Kindern und Jugendlichen in politische Prozesse entsprechend ihrem Alter sowie ihrer Reife vor. Die KRK wurde von der Schweiz im Jahr 1997 ratifiziert. Artikel 12 der Kinderrechtskonvention lautet:

1. Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äussern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

2. Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

Der UNO-Kinderrechtsausschuss überprüft regelmässig die Umsetzung der KRK in den Staaten, welche die Konvention ratifiziert haben. Er gibt ferner Empfehlungen ab, wie die Ziele besser erreicht werden können. In seinem Bericht aus dem Jahre 2015 zeigte sich der Ausschuss mit Blick auf die Schweiz besorgt, „dass in der Praxis die Achtung vor der Meinung des Kindes nicht in allen Angelegenheiten, die Auswirkungen auf Kinder haben, systematisch sichergestellt wird und kantonale Unterschiede bei der Umsetzung dieses Prinzips bestehen“. Er empfiehlt der Schweiz, die „Bemühungen zu intensivieren, damit Kindern das Recht zugestanden wird, ihre Meinung zu allen sie betreffenden Angelegenheiten frei zu äussern. Ausserdem ist ihren Meinungen in der Schule und in anderen Bildungseinrichtungen, in der Familie sowie auch in der politischen Planung und Entscheidungsfindung angemessen Rechnung zu tragen“.⁸

Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region Die revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region vom 21. Mai 2003 wurde vom „Kongress der Gemeinden und Regionen Europas“ des Europarates verabschiedet. Sie sieht zahlreiche Massnahmen im Bereich der politischen Partizipation von Jugendlichen vor. In den Grundsätzen der Charta ist festgelegt, dass die Mitwirkung der Jugend am kommunalen und regionalen Leben Teil einer umfassenden Politik sein muss, dass die Politik dabei in allen Teilbereichen die Belange der Jugend berücksichtigen soll und dass dabei alle Jugendlichen unterschiedslos einbezogen werden müssen.

Auch wenn die Charta rechtlich unverbindlich ist, hat die Schweiz als Mitgliedsstaat des Europarats die moralische Pflicht, diese Grundsätze umzusetzen. Als wirkungsvolle Massnahme für die Gemeinden und Regionen nennt die Charta explizit Jugendparlamente und Jugendräte.

⁸ Alle Zitate aus: UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes, Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Schlussbemerkungen zum zweiten, dritten und vierten Staatenbericht der Schweiz, o.O. 2015, S. 7.

		Art von Gesetzen / Rechten		
		Politische Rechte	Mitwirkungsrechte	Partizipationsförderungs-gesetze
Föderale Ebene	Bund	Stimm- und Wahlrecht Initiativen, Referenden lancieren / unterzeichnen	Teilnahme an Vernehmlassungen Petitionen lancieren / unterzeichnen	KJFG
	Kanton	Stimm- und Wahlrecht (spezifisch nach Kanton) Initiativen, Referenden lancieren / unterzeichnen z. T. Teilnahme an Landsgemeinde	Teilnahme an Vernehmlassungen Petitionen lancieren / unterzeichnen z. T. Rechte für Jugendrat / -parlament / -session z. T. Volksvorstoss	Kantonale Gesetze (Partizipationsgesetze, Jugendgesetze etc.)
	Gemeinde	Stimm- und Wahlrecht (spezifisch nach Kanton) z. T. Initiativen, Referenden lancieren / unterzeichnen z. T. Teilnahme an Landsgemeinde	Teilnahme an Vernehmlassungen Petitionen lancieren / unterzeichnen z. T. Jugend- / Volksvorstoss z. T. Rechte für Jugendrat / -parlament / -session	Kommunale Gesetze (Partizipationsgesetze, Jugendgesetze etc.)

Nationale, kantonale und kommunale Ebene

Für die politische Partizipation von Jugendlichen sind vor allem drei Arten von Gesetzen und Rechten von Interesse:

1. Allgemeine Politische Rechte
2. Spezifische Mitwirkungs- und Partizipationsrechte für Jugendliche
3. Gesetze zur Förderung der Partizipation

Dabei wird in den Partizipationsförderungsgesetzen die Unterstützung von privaten oder öffentlich-rechtlichen Trägerschaften, die Partizipationsformen selbst anbieten oder diese fördern, geregelt (zum Beispiel im Kinder- und Jugendförderungsgesetz [KJFG] des Bundes). Bei den politischen Rechten geht es um den Zugang zum formalen politischen System, also um das Stimm- und Wahlrecht oder die Möglichkeit, Initiativen und Referenden zu unterschreiben. Diese Rechte sind oft an die Staatsbürgerschaft gekoppelt. Im Rahmen der spezifischen Mitwirkungs- und Partizipationsrechte für Jugendliche werden alternative Beteiligungsformen geregelt, wie zum Beispiel eine Jugendmotion oder die öffentlich-rechtliche Anerkennung eines Jugendrats oder Jugendparlaments.

Auf allen föderalen Ebenen finden sich gesetzliche Grundlagen zu diesen drei Teilbereichen. Grundsätzlich sind aber vor allem der Bund und die Kantone für die Partizipationsförderungsgesetze und die politischen Rechte zuständig. Spezifische Mitwirkungs- und Partizipationsrechte sind in der Regel auf der Ebene der Kantone und der Gemeinden angesiedelt.

Allgemeine Politische Rechte Die politischen Rechte regeln den Zugang zum formalen politischen System rund um Wahlen und Abstimmungen. In der Schweiz erhalten auf Bundesebene alle Schweizer StaatsbürgerInnen mit der Vollendung des 18. Lebensjahres das Stimmrecht, das aktive und passive Wahlrecht sowie das Recht, Referenden und Initiativen zu lancieren und zu unterzeichnen. Die Kantone dürfen aber von dieser Regelung abweichen: So gilt beispielsweise im Kanton Glarus für kantonale und kommunale Angelegenheiten das Stimmrechtsalter 16. Im Kanton Neuenburg gibt es auch für AusländerInnen ein Stimm- und Wahlrecht.

Spezifische Partizipations- und Mitwirkungsrechte für Jugendliche Durch die Partizipations- und Mitwirkungsrechte können spezifische, auf die Jugendlichen bezogene Rechte verankert werden. Über solche rechtlichen Grundlagen verfügen zurzeit einige Kantone sowie etliche Gemeinden. Beispiele dafür sind die Rechte eines Jugendrats, eine Jugendmotion sowie der Einbezug bei politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen bei Themen, die Jugendliche direkt betreffen. Vielfach handelt es sich nicht um konkrete Mitwirkungsrechte, sondern um einen gesetzlichen Auftrag an den Kanton oder an die Gemeinden, die Mitwirkung von Jugendlichen zu ermöglichen. So steht zum Beispiel in der Verfassung des Kantons Zürich in Artikel 39:

Kanton, Gemeinden und politische Parteien tragen zur Vorbereitung der Jugendlichen auf die Mitwirkung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft bei.

Im Kanton Zürich ist zudem in Artikel 37 des Gemeindegesetzes geregelt, dass Gemeinden Kinder- und Jugendparlamente einrichten können, die über spezielle Mitwirkungsbefugnisse verfügen. Die rechtlichen Grundlagen des kantonalen Jugendparlaments sind im Kanton Zürich in einer entsprechenden Verordnung geregelt. Das Beispiel des Kantons Zürich zeigt, dass die rechtlichen Grundlagen für die politische Partizipation in verschiedenen rechtlichen Bereichen geregelt werden kann.

Im Zusammenhang mit den rechtlichen Grundlagen ist jedoch festzuhalten, dass es gerade auf kantonaler Ebene teilweise eine grosse Diskrepanz zwischen Vorgaben der Verfassung, der Gesetze und deren Umsetzung gibt. Ein Verfassungsauftrag allein genügt nicht zur konkreten Umsetzung. Die verfassungsmässige Leitplanke muss gesetzlich konkretisiert werden. Und auch im Falle einer gesetzlichen Verankerung hängt vieles von der konkreten Umsetzung ab. Ein „gutes“ Jugendgesetz bedeutet demnach nicht automatisch eine erfolgreiche Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen. Dennoch ist es wichtig, dass auch in rechtlicher Hinsicht die Rahmenbedingungen stimmen, damit eine Grundlage für die Umsetzung gegeben ist.

Als besonders vorbildlich kann beispielsweise das Kinder- und Jugendförderungsgesetz im Kanton Obwalden eingestuft werden. In Artikel 16 steht dort:

Kinder und Jugendliche sind in der Kinder- und Jugendförderung zu Beteiligten zu machen. Der Kanton und die Gemeinden fördern die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei Prozessen und Entscheiden, von welchen sie betroffen sind.

Gerade im Vergleich zu anderen Kantonen fällt auf, dass Obwalden auf eine „kann“-Formulierung verzichtet und genau vorgibt, was zu tun ist. Trotz dieser erhöhten Verbindlichkeit gibt es im Kanton Obwalden weder ein kantonales Jugendparlament noch sonstige spezielle Angebote für die Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen auf kantonaler Ebene. Dies illustriert, dass auch im Falle einer vorbildlichen gesetzlichen Verankerung immer noch viel von der konkreten Umsetzung abhängt.

Umgekehrt ist die Situation im Kanton St. Gallen – in der gesamten Gesetzgebung des Kantons fällt das Wort „Jugend“ praktisch nur im Zusammenhang mit dem Jugendstrafrecht, Jugendheimen und jugendpsychiatrischen Zentren. Doch der Kanton verfügt über ein aktives Jugendparlament, über einen Kinder- und Jugendkredit und über eine Strategie für die Kinder- und Jugendpolitik, obwohl eine starke rechtliche Grundlage dazu fehlt.

Gesetze zur Förderung der Partizipation Bereits in den Jahren 2000 und 2001 forderten die damaligen SP-Nationalratsmitglieder Claude Janiak und Ursula Wyss eine nationale Kinder- und Jugendpolitik sowie eine bessere politische Beteiligung von Jugendlichen. 2007 wurde die überparteiliche Motion von der damaligen CVP-Nationalrätin Viola Amherd überwiesen, die ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung forderte. Diese Vorstösse wurden 2013 mit dem neuen KJFG umgesetzt.

Im Zweckartikel des KJFG ist unter anderem festgehalten, dass Kinder und Jugendliche sich politisch integrieren können sollen. Im Vergleich zum Vorgängergesetz wurde neu die Förderung der politischen Partizipation auf nationaler Ebene mit einem eigenen Artikel aufgenommen. Das Gesetz regelt die finanzielle Unterstützung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen von privaten Trägerschaften sowie der Kantone und Gemeinden. So werden die regelmässigen Aktivitäten und Strukturen des DSJ auf der Grundlage des KJFG subventioniert.

Auch einige Kantone kennen verfassungsrechtliche oder gesetzliche Grundlagen zur Förderung der politischen Partizipation. So steht in Artikel 137 der Verfassung des Kantons Freiburg, dass Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt werden können – insbesondere, wenn sie das staatsbürgerliche Bewusstsein der Jugendlichen fördern. Ein weiteres Beispiel ist das Gesetz über die Unterstützung der Aktivitäten von Jugendlichen des Kantons Waadt. In Artikel 15 wird eine finanzielle Unterstützung für Organisationen in Aussicht gestellt, die Jugendliche partizipativ in ihre Aktivitäten einbeziehen.

4 Politische Partizipation von Jugendlichen im Schweizer Föderalismus

Das föderale System der Schweiz verunmöglicht es in vielen Fällen, allgemeingültige Aussagen über einen politischen Bereich treffen zu können. Deshalb ist den kantonalen bzw. kommunalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Bezüglich der Förderung der politischen Partizipation gilt das Subsidiaritätsprinzip. Das bedeutet, dass grundsätzlich die tiefst mögliche Ebene (jene der Gemeinden) für einen Politikbereich zuständig ist. Die Kantone sowie der Bund treten subsidiär nur dort auf, wo eine Aufgabe die Möglichkeiten der Gemeinde übersteigt oder wo eine einheitliche, übergreifende Regelung nötig ist.

Jede föderale Ebene kann aber die politische Partizipation von Jugendlichen in ihren politischen Prozessen regeln. Somit ist jede föderale Ebene für die politische Partizipation von Jugendlichen zuständig. Folglich können die Kantone beispielsweise für kantonale Abstimmungen ein tieferes Stimmrechtsalter definieren, als dies der Bund für nationale Abstimmungen vorgibt.

Nationaler Zuständigkeitsbereich

Der Bund ist nur für Bereiche zuständig, zu denen ihn die Bundesverfassung ermächtigt. Im Bereich der politischen Partizipation von Jugendlichen sind dies folgende zwei Punkte:

- Unterstützung der politischen Integration der Jugendlichen
- Unterstützung der ausserschulischen Jugendarbeit als Ergänzung zu den Kantonen

Diesen Aufgaben kommt der Bund mit einer Teilfinanzierung der Jungparteien und nationaler Dachverbände im Jugendbereich nach.

Kantonaler Zuständigkeitsbereich

Alle Kantone bestimmen eineN Kinder- und JugendbeauftragteN, welcheR für die Kinder- und Jugendförderung auf nationaler Ebene sowie für die Unterstützung der Gemeinden in diesem Bereich zuständig ist.

Die meisten Kantone verwenden einen Teil ihrer swisslos-Ausschüttungen für den Bereich Jugend und Erziehung. Sie unterstützen damit teilweise auch Projekte, die sich der politischen Partizipation widmen. Zudem fällt die Bildung in den Zuständigkeitsbereich der Kantone. So ist ein grosser Teil der politischen Bildung auf kantonaler Ebene geregelt.

Kommunaler Zuständigkeitsbereich

Auf kommunaler Ebene ist oftmals einE JugendarbeiterIn für die Kinder- und Jugendförderung zuständig. Diese Person ist entweder direkt bei der Gemeindeverwaltung angestellt oder hat einen Leistungsvertrag mit der Gemeinde.

5 Formen der politischen Partizipation

Grundsätzliches

Die verschiedenen Formen der politischen Partizipation können anhand von drei Faktoren unterschieden werden. So ist zu definieren, ob der Zeitraum, die Thematik und die Methodik der Partizipation von den Jugendlichen selbst bestimmt werden können oder staatlich vorgegeben sind. Gemäss dieser Unterscheidung gibt es acht verschiedene Partizipationsformen.

Strukturelle Partizipation Diese Form der Partizipation zeichnet sich dadurch aus, dass die Möglichkeit zur Mitwirkung gesichert ist, aber wie diese dann bezüglich der Thematik, des Vorgehens oder des Zeitraums ausgestaltet wird, ist nicht vorgegeben und kann von den Jugendlichen bestimmt werden.

Instrumentelle Partizipation Bei der instrumentellen Partizipation wird den Jugendlichen ein Instrument – wie zum Beispiel ein Mitwirkungsrecht oder ein Budget – zur politischen Partizipation zur Verfügung gestellt. Im Gegensatz zur strukturellen Partizipation ist die Methodik dabei eingegrenzt, die Thematik und der Zeitraum sind jedoch offen.

Thematische Partizipation Wenn nur eine Partizipationsmöglichkeit zu einem bestimmten Themenbereich besteht, der Zeitraum und die Methodik aber offen bleiben, handelt es sich um thematische Partizipation.

Eventorientierte Partizipation Bei dieser Partizipationsform wird während eines gewissen Zeitraums die Partizipation gefördert. Thematisch und methodisch sind aber keine Einschränkungen vorgegeben.

Plattformbasierte Partizipation Es gibt Partizipationsformen, die dauerhaft errichtet sind, die sich aber auf eine Thematik beschränken und die Methodik vorgeben. In diesem Fall spricht man von einer plattformbasierten Partizipation.

Ideenorientierte Partizipation Wenn der Zeitraum und die Methodik der Partizipation begrenzt sind, aber die Thematik durch die Jugendlichen bestimmt werden kann, so stehen die Ideen, Anliegen und Meinungen der Jugendlichen im Vordergrund.

Projektorientierte Partizipation Hier wird die Partizipation auf ein konkretes Projekt beschränkt, wobei die Thematik vorgegeben wird. Dadurch ist zudem oftmals der Zeitraum beschränkt. Die Methodik bleibt aber offen.

Unterstützende Partizipation Bei der unterstützenden Partizipation wird die Mitwirkung an bestehenden strukturellen Teilhabemöglichkeiten wie Wahlen oder Abstimmungen gefördert. Dadurch sind der Zeitraum, die Thematik und die Methodik bereits vorgegeben.

Partizipationsart	Zeitraum	Thematik	Methodik	Beispiele
strukturell	offen	offen	offen	Jugendparlament, Jungpartei
instrumentell	offen	offen	vorgegeben	Jugendvorstoss, Jugendbudget
thematisch	offen	vorgegeben	offen	SchülerInnen-Rat, Thematischer Verband
eventorientiert	vorgegeben	offen	offen	Jugendsession, Jugend mit Wirkung
plattformbasiert	offen	vorgegeben	vorgegeben	Participatory budgeting, Züri wie neu
ideenorientiert	vorgegeben	offen	vorgegeben	engage.ch, Initiativrecht (<i>unterstützt durch WeCollect</i>)
projektorientiert	vorgegeben	vorgegeben	offen	Freiraumgestaltungsprojekt, Mitwirkung bei Raumplanung
unterstützend	vorgegeben	vorgegeben	vorgegeben	Abstimmung (<i>unterstützt durch easyvote</i>), Vernehmlassung

Beispiele für politische Partizipationsmöglichkeiten

Strukturelle Partizipation

Jugendparlamente / Jugendräte Jugendparlamente und Jugendräte (oft synonym verwendet) bieten den Jugendlichen eines gewissen Einzugsgebiets (kommunal, regional oder kantonal) die Möglichkeit, sich politisch einzubringen. Oft ist ein Jugendparlament / Jugendrat zu einem gewissen Grad anerkannt (informell, finanziell, rechtlich oder politisch). Diese Gremien bestehen dauerhaft und sind frei in der Wahl ihrer Instrumente. Thematisch ist es höchstens so weit eingegrenzt, als dass sich ein Jugendparlament / Jugendrat grundsätzlich nur mit Themen beschäftigt, welche die Jugend betreffen.

Jungparteien Jungparteien sind dauerhafte Partizipationsangebote, die sich speziell an Jugendliche richten. Die Aktivitäten einer Jungpartei bieten eine grosse Bandbreite von inhaltlicher Mitarbeit, politischen Aktionen, Diskussionen etc. an. Bezüglich der Thematik sind die Jungparteien ebenfalls breit aufgestellt und behandeln grundsätzlich alle politischen Themen. Je nach Thema werden dabei auch verschiedene Meinungen innerhalb der Jungpartei akzeptiert.

Instrumentelle Partizipation

Jugendvorstoss Ein Jugendvorstoss ist grundsätzlich ein parlamentarischer BürgerInnen-Vorstoss, der von einer gewissen Anzahl Jugendlichen unterzeichnet werden muss, damit er ordentlich eingereicht werden kann. Thematisch und zeitlich sind die Jugendlichen bei der Formulierung ihrer Anliegen frei.

Jugendbudget Bei dieser Partizipationsmöglichkeit können Jugendliche die Empfänger eines Betrags der öffentlichen Ausgaben bestimmen. Dies geschieht bspw. im Jugendparlament Uri, das 8'000 Franken an Jugendprojekte verteilen kann, oder im virtuellen Jugendparlament Zollikofen, das jedes Jahr 3'000 Franken an eines von drei zur Auswahl stehenden Projekte vergeben kann.

Thematische Partizipation

SchülerInnen-Rat In einem SchülerInnen-Rat können die partizipierenden Jugendlichen die Methodik frei wählen und sie entscheiden auch selbst, wann sie aktiv werden. Die Thematik ist aber grundsätzlich insofern eingeschränkt, als dass sich die Aktivitäten auf schul- oder bildungspolitische Anliegen konzentrieren müssen.

Thematischer Verband Ein Verband wie der WWF oder die AUNS bietet Jugendlichen eine Partizipationsmöglichkeit mit zeitlicher Flexibilität und methodischer Bandbreite – jedoch ist die Thematik auf die Interessen des Verbandes begrenzt.

Eventorientierte Partizipation

Jugendsession In der Schweiz gibt es auf kantonaler und nationaler Ebene Jugendsessionen – seltener auch kommunal. Jugendsessionen sind regelmässig stattfindende Anlässe, an denen Jugendliche und PolitikerInnen zusammentreffen und politische Themen diskutieren. Die Jugendlichen arbeiten anschliessend Anliegen aus, die sie, falls diese von einer Mehrheit der Teilnehmenden unterstützt werden, politisch einzubringen versuchen.

Jugend mit Wirkung Hierbei handelt es sich um einmal jährlich stattfindende Anlässe von infoklick.ch, an denen von Jugendlichen und Erwachsenen Projektideen auf Gemeindeebene ausgearbeitet werden. Anschliessend können diese Ideen von den teilnehmenden Jugendlichen umgesetzt werden.

Plattformbasierte Partizipation

Züri wie neu „Züri wie neu“ ist zwar keine spezifische Partizipationsmöglichkeit für Jugendliche, aber ein gutes Beispiel für eine plattformbasierte Partizipation. Die Stadt Zürich hat eine Website aufgeschaltet, auf der BürgerInnen mit Fotos Schäden an der Infrastruktur von Zürich melden und ähnliche Anliegen äussern können. Mit „Stadtmelder“ bietet die Stadt St. Gallen ein vergleichbares Angebot.

Ideenorientierte Partizipation

engage.ch Die Onlineplattform engage.ch bietet jungen Menschen eine einfache Möglichkeit, ihre Anliegen, Ideen und Fragen in den politischen Planungs- und Entscheidungsprozess einzubringen und sich mit anderen darüber auszutauschen.

Initiativrecht Mit einer Volksinitiative können Jugendliche ab 18 Jahren ein eigenes Anliegen in die Politik einbringen. Jedoch ist die Methodik genau reguliert und auch der Zeitraum ist insofern beschränkt, als dass es genaue Vorgaben gibt, wie lange für eine Initiative Unterschriften gesammelt werden dürfen. Die Hürden für diese Form der Partizipation sind relativ hoch.

Projektorientierte Partizipation

Freiraumgestaltungsprojekt Die Stadt Bern hat für die Planung von Spielplätzen sowie Begegnungs- und Aktionsräumen für Jugendliche während drei Monaten mit 300 Jugendlichen zusammengearbeitet. Ziel dabei war, deren Anliegen aufzunehmen und umzusetzen.

Mitwirkung bei Raumplanung In Basel entsteht derzeit ein neues Stadtquartier. Dabei sollen die gesamte Konzeption und Planung unter der Beteiligung möglichst vieler Interessierter – auch Jugendlicher – ausgearbeitet werden. Die Beteiligungsveranstaltungen werden top-down organisiert und die Partizipation findet in einem strukturierten Rahmen statt.

Unterstützende Partizipation

easyvote easyvote als Angebot stellt zwar keine Partizipationsform dar, aber dessen Ziel zur Förderung der Beteiligung an bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten – hier: Abstimmungen und Wahlen. easyvote produziert einfach verständliche und neutrale Abstimmungsbroschüren, Erklärungsvideos und führt Kampagnen zur Steigerung der Beteiligung von jungen WählerInnen durch.

WeCollect WeCollect ist eine Plattform, die das Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden anhand von digitalen Hilfsmitteln unterstützt.

6 Qualitätsmerkmale der politischen Partizipation

Der DSJ hat ein Modell entwickelt, um bestehende Partizipationsmöglichkeiten mit Qualitätsmerkmalen zu bewerten. Dieses Modell erlaubt schliesslich Rückschlüsse darauf, auf welche Funktionen der politischen Partizipation der Fokus bei neuen Angeboten gesetzt werden sollte. Der DSJ hat dabei fünf Kategorien mit insgesamt 18 Qualitätsmerkmalen der politischen Partizipation definiert, die im Idealfall vollumfänglich abgedeckt werden. In der Realität muss eine Priorisierung vorgenommen werden.

Qualitätsmerkmale

Folgende Qualitätsmerkmale dienen zur Bewertung von Partizipationsangeboten:

Prozess⁹

In welcher Phase des politischen Prozesses können Jugendliche wie stark partizipieren?

- Diskussion
- Entscheidung
- Umsetzung
- Evaluation

Institutionalisierung¹⁰

Wie stark ist das Partizipationsangebot institutionalisiert?

- Rechtliche Verankerung
- Finanzielle Grundlagen
- Zusammenarbeit mit Institutionen

Wirkung¹¹

In welchen Bereichen wirkt das Partizipationsangebot für die Jugendlichen wie stark?

- Entscheidungsstärke
- Politische Bildung
- Gesellschaftliche Integration

Jugendgerechtigkeit

Welche Aspekte einer zielgruppenangepassten Ausgestaltung erfüllt das Angebot wie stark?

- Niederschwelligkeit
- Schnelle Verfahren
- Eigene Gestaltungsmöglichkeiten

Personen

Welche Personengruppen beteiligen sich wie stark am Partizipationsangebot?

- Geschlecht
- Bildungshintergrund
- Regionale Herkunft
- Nationalitäten
- Verschiedene Altersklassen (13- bis 25-Jährige)

Operationalisierung

Um die Ausprägung der bestehenden politischen Partizipationsformen zu analysieren und die Bedürfnisse der Zielgruppe zu erfassen, wurde anhand der oben vorgestellten Kriterien ein Erfassungsmodell der politischen Partizipation entworfen. Damit kann die erarbeitete theoretische Grundlage für die Analyse operationalisiert werden. Für die Darstellungsform wurde ein Spider-Modell gewählt, um Differenzen zwischen verschiedenen Bedürfnissen, aber auch zwischen Bedürfnis und dem Ist-Zustand zu visualisieren. In anderen wissenschaftlichen Arbeiten wird oft eine Partizipations-Leiter¹² oder eine Partizipations-Pyramide¹³ verwendet.

⁹ Diese Darstellung der Phasen der politischen Partizipation findet sich um die Phase „Planung“ erweitert bei Wittwer, Stefan, Politische Partizipation, S. 16.

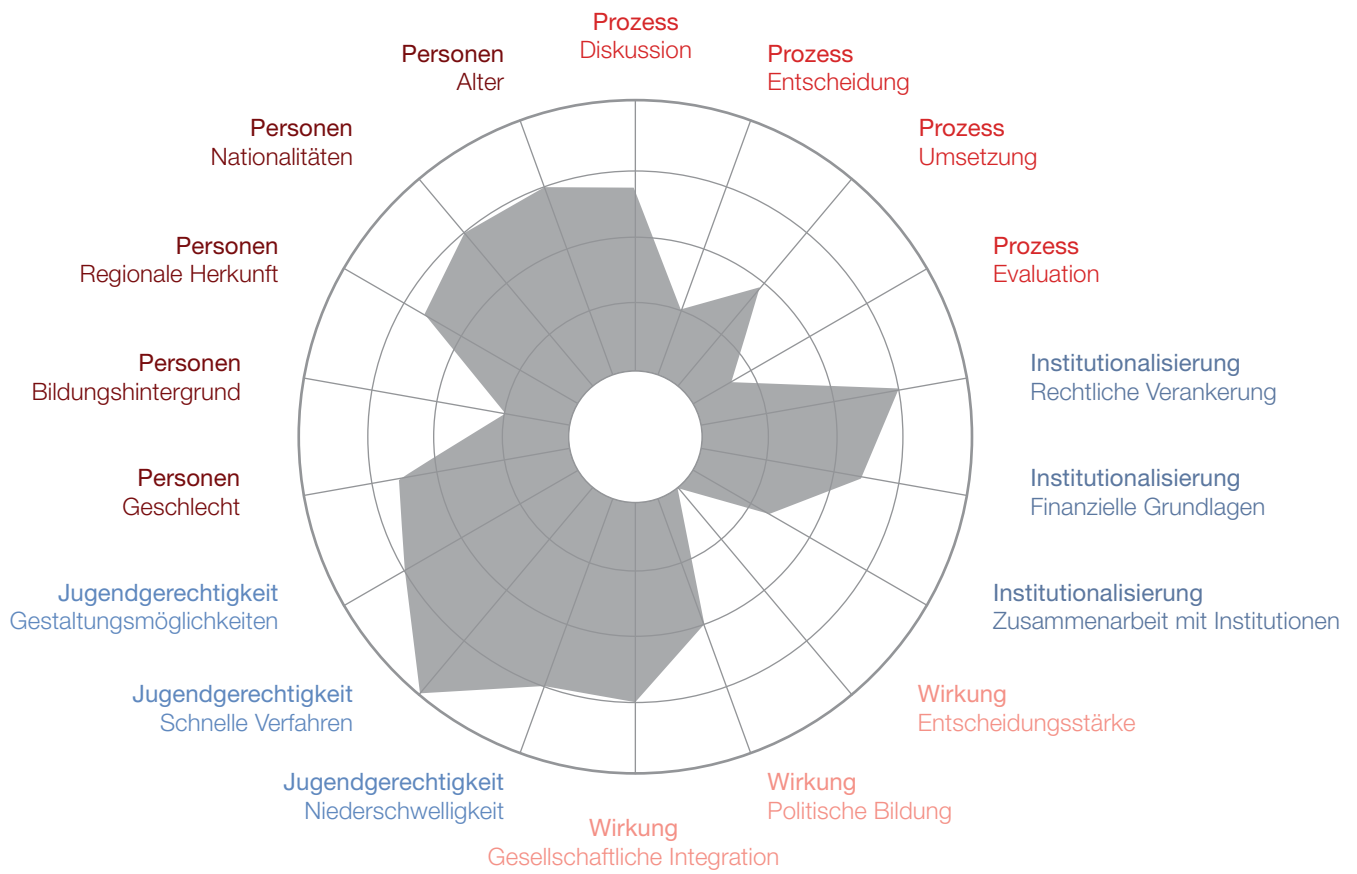
¹⁰ Politische Partizipationsformen können zwischen konventionell (verfasst, gesetzlich garantiert) und unkonventionell (nicht verfasst) unterschieden werden, vgl. Kaase, Max, Politische Beteiligung, in: Andersen, Uwe / Woyke, Wichard (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 473-478.

¹¹ Diese drei Wirkungsfunktionen werden auch als Legitimations-, Deliberations- und Integrationsfunktion bezeichnet, vgl. Wittwer, Stefan, Politische Partizipation, S. 20.

¹² Arnstein, Sherry R., A Ladder of Citizen Participation, in: Journal of the American Institute of Planners, 1969 (35/4), S. 216-224.

¹³ Strassburger Gaby / Rieger Judith, Bedeutung und Formen der Partizipation. Das Modell der Partizipationspyramide, in: dies. (Hg.) Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, Weinheim 2014, S. 12-39.

Beispiel eines Partizipationsspiders



7 Partizipationstypen

Im easyvote-Politikmonitor 2017 wird zwischen fünf Partizipationstypen unterschieden: die Apolitischen, die (analogen) Unkonventionellen, die (digitalen) AktivistInnen, die Konventionellen und die Engagierten. Dabei zeigt sich eine Zunahme der Gruppe der Digitalen zulasten der Apolitischen sowie der Konventionellen. Frauen partizipieren lieber konventionell und Männer lieber unkonventionell. Fast ein Drittel der Befragten, die sich nicht politisch verorten können, gehören zur Gruppe der Unkonventionellen und mehr als ein Viertel der Befragten, die sich politisch verorten können, gehören zur Gruppe der Digitalen. Deutlich mehr Apolitische kommen aus dem rechten Spektrum. Weiter bestehen grosse Unterschiede zwischen den Sprachregionen im Hinblick auf die Partizipationsform. Hinsichtlich der Bildungsunterschiede lässt sich festhalten, dass GymnasiastInnen häufiger in der digitalen Welt partizipieren, während BerufsschülerInnen eher analog und unkonventionell mitwirken.

Engagierte

Die Jugendlichen der Gruppe der Engagierten sind generell sehr politisch, beteiligen sich an konventionellen Aktivitäten wie Wahlen und diskutieren mit Freunden. Sie sind auch dem Einsatz in Interessengruppen oder dem Bekleiden politischer Ämter nicht abgeneigt.

Konventionelle

Rund 18 % der Jugendlichen gehören zu den Konventionellen, die ab und zu ein Referendum oder eine Petition unterschreiben, mit ihren Freunden oder Verwandten diskutieren und gelegentlich wählen und / oder abstimmen.

(Digitale) AktivistInnen

Die Aktivitäten von rund 22 % der Jugendlichen werden am besten als digitaler Aktivismus beschrieben. Diese Jugendlichen wählen zwar, wie dies auch bei konventionell Partizipierenden der Fall ist, ihr Fokus liegt aber klar auf der Partizipation über das Internet. Sie unterzeichnen Petitionen lieber online als auf der Strasse, nehmen lieber an Aktionen auf Social Media teil als alle anderen Gruppen, treten dort politischen Gruppen bei und diskutieren mit ihrem Umfeld nicht nur am Küchentisch oder auf dem Pausenhof, sondern auch über WhatsApp, Facebook, Twitter und Co.

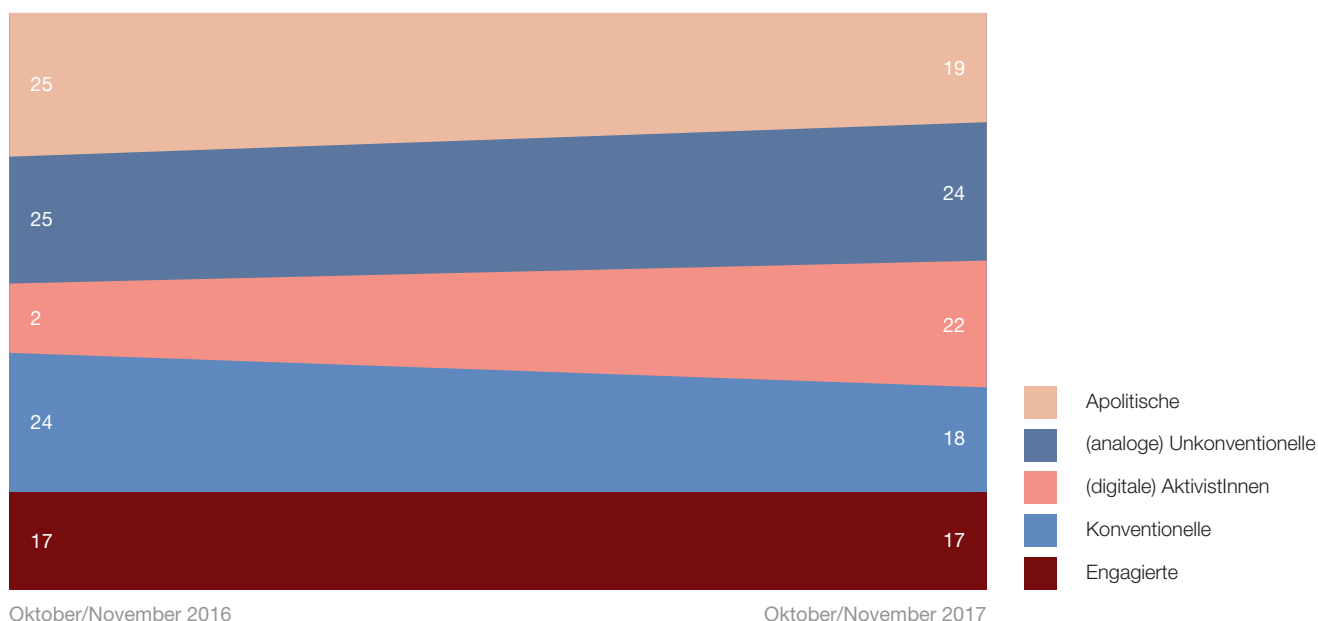
(Analoge) Unkonventionelle

Relativ schwer zu erfassen ist die Gruppe Jugendlicher, zu denen das Label (analoge) Unkonventionelle vielleicht am besten passt. In vielerlei Hinsicht stellen sie den Gegenpol zu den Digitalen dar. Zum einen zeichnet sie ein Misstrauen gegenüber Social Media und dem Internet aus. So sind sie zwar bereit, eine Petition zu unterzeichnen, allerdings nur solange das nicht über das Internet geschieht. Sie kommentieren auch nicht auf Newsportalen und treten keinen Gruppen auf Social Media bei. Dagegen sind sie überdurchschnittlich oft bereit, an Demonstrationen teilzunehmen und allenfalls Interessengruppen beizutreten. An Aktivitäten, die sich stark an etablierten und systemischen Strukturen wie Parlamenten oder Parteien orientieren, wollen sie sich hingegen nicht beteiligen.

Apolitische

Ein durchaus beträchtlicher Anteil von 19 % der SchülerInnen zählt zu den Apolitischen und hat bei allen abgefragten Aktivitäten angegeben, sich nicht beteiligen zu wollen. Sie haben sich entweder vom politischen Prozess abgemeldet oder waren gar nie daran beteiligt.

Trend Partizipationstypen (in % SchülerInnen 15-25 Jahre)



Oktober/November 2016

Oktober/November 2017

Zahlen aus: gfs.bern, easyvote-Politikmonitor, Bern 2017 ($N_{2016} = 1'477$, $N_{2017} = 1'271$)

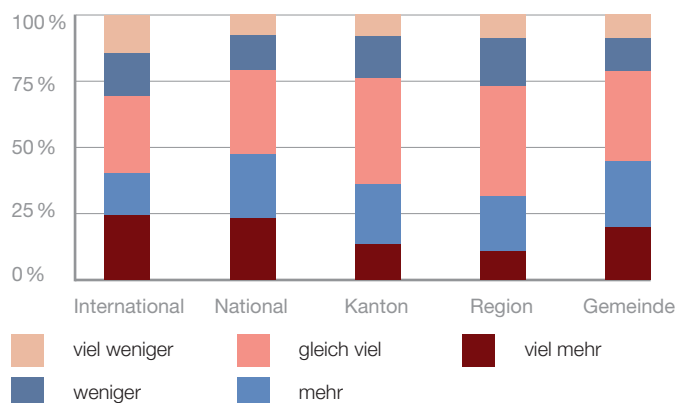
8 Zahlen zu politischer Partizipation

Im folgenden Kapitel werden zentrale Erkenntnisse aus verschiedenen jüngeren Studien zusammengefasst, in der die politische Partizipation von Jugendlichen untersucht wurde.

Bedarf nach politischer Partizipation

HTW Chur, Scoop-It 2.0, Chur 2014 Die Studie „zur Medienutzung und zur politischen Partizipation von Jugendlichen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein“ (Scoop-It) untersuchte unter anderem, auf welcher Ebene sich Jugendliche mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten wünschen. An der Scoop-It-Umfrage haben 3'398 Jugendliche teilgenommen. Das Durchschnittsalter lag bei 16.8 Jahren. Die regionale Herkunft war begrenzt auf die Kantone St. Gallen, Graubünden, Zürich, Glarus und das Fürstentum Liechtenstein. Bezüglich Stadt / Land-Unterschieden, Geschlecht und Bildungsgrad waren die Teilnehmenden breit gefächert. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die Jugendlichen in politischer Hinsicht am meisten für die nationale und die internationale Ebene interessieren. Mehr Mitbestimmung und somit mehr Partizipation wünschen sich die Jugendlichen aber vor allem auf kommunaler (45 %) und auf nationaler Ebene (47.6 %).

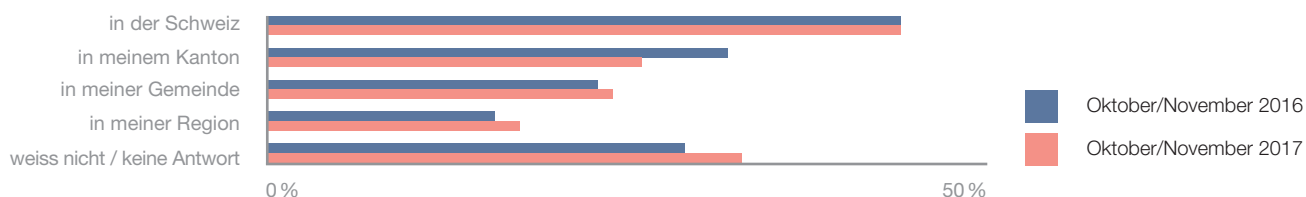
„Wo möchtest Du persönlich mehr bzw. weniger mitbestimmen können?“ (Durchschnittsalter = 16.8 Jahre)



Zahlen aus: HTW Chur, Scoop-It 2.0, Chur 2014

easyvote / gfs.bern, Schlussbericht easyvote-Politikmonitor, Bern 2017 In dieser regelmässig durchgeführten Befragung von SchülerInnen wird ebenfalls der Bedarf nach mehr politischer Mitbestimmung untersucht. Auf nationaler Ebene decken sich die Ergebnisse mit der Scoop-It 2.0 Studie (2014). Auf kommunaler Ebene gibt es jedoch grosse Unterschiede: Beim easyvote-Politikmonitor 2017 geben rund 24 % an, mehr Mitbestimmung zu wünschen, bei Scoop-It 2.0 waren es 45 %. Die Bedeutung der Gemeinde für die politische Mitwirkung zeigt sich auch darin, dass etwas mehr als ein Viertel (27 %) der Jugendlichen der Meinung ist, jedeR solle sich einmal im Leben in ihrer oder seiner Gemeinde durch die Übernahme eines Amtes engagieren, sei dies in der Schulkommission oder im Gemeindevorstand. Ein noch grösserer Anteil, also fast die Hälfte (48 %) der 15 bis 25-Jährigen, findet sogar, dass die Politik auf lokaler Ebene (Gemeinde / Stadt) den jungen Erwachsenen die beste Möglichkeit biete, um ihre Interessen einzubringen und etwas zu bewirken. Weiter ist sich eine grosse Mehrheit (76 %) dieser Altersgruppe darin einig, dass die Politik generell einen grossen Nutzen für die Zukunft der Schweiz habe. Dabei sehen viele (66 %) insbesondere auch die Digitalisierung als Chance für die politische Beteiligung der BürgerInnen.

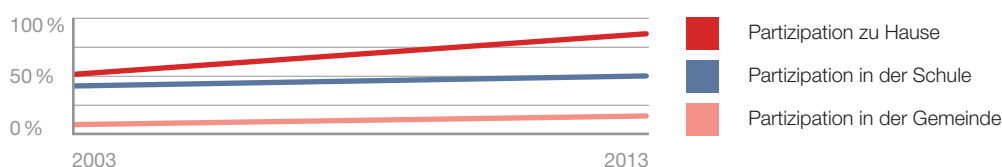
„Wo möchtest Du persönlich mehr mitbestimmen können?“ (SchülerInnen 15-25 Jahre)



Zahlen aus: gfs.bern, easyvote-Politikmonitor, Bern 2017 ($N_{2016} = 1'477$, $N_{2017} = 1'271$)

UNICEF, Von der Stimme zur Wirkung, Zürich 2015 In dieser Studie wird die Partizipation von Jugendlichen in der Schweiz in den drei sozialen Räumen Familie, Schule und Gemeinde untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass die Jugendlichen in der Gemeinde weniger mitwirken können als in der Familie oder in der Schule. Nicht einmal ein Fünftel der Jugendlichen gibt an, in Belangen, die sie auf Gemeindeebene direkt betreffen, einbezogen zu werden. Besonders tief sind die Werte in der Deutschschweiz, wo sie zum Teil massiv unter den Werten der Romandie oder dem Tessin liegen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz (2003/2013)

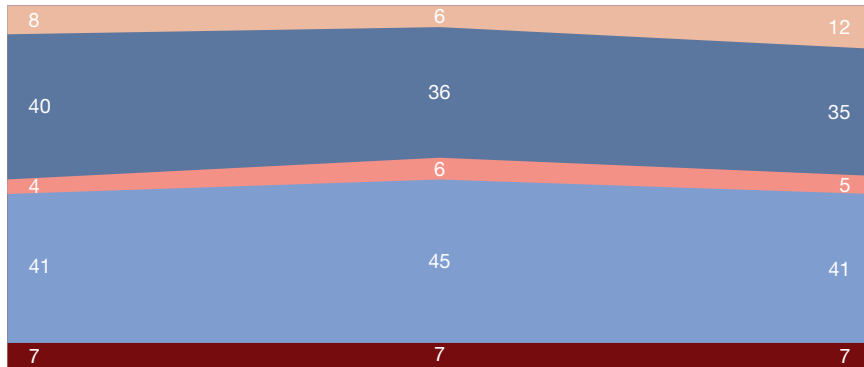


Zahlen aus: UNICEF, Von der Stimme zur Wirkung, Zürich 2015

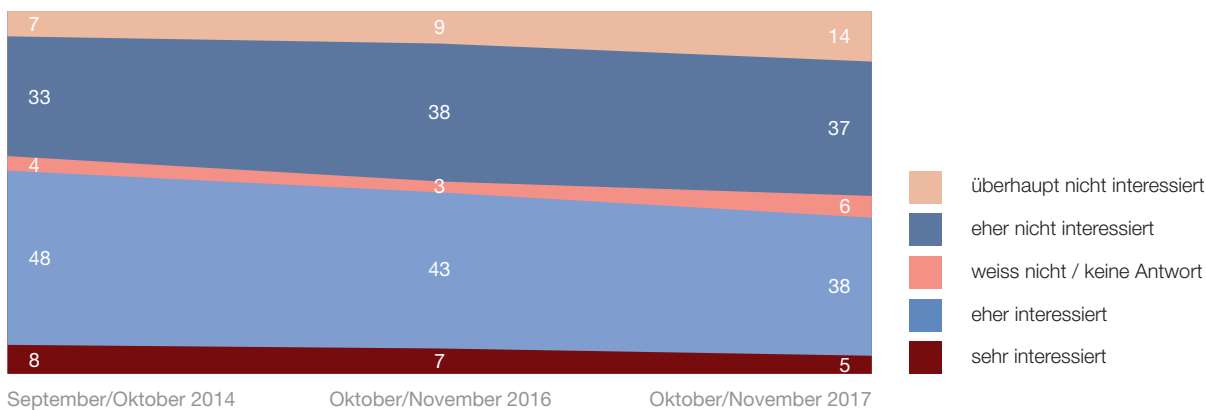
Politisches Interesse

Im easyvote-Politikmonitor 2017 wurde auch das politische Interesse der Jugendlichen ermittelt. Es kann festgestellt werden, dass knapp die Hälfte der Jugendlichen angibt, eher oder sehr an politischen Themen interessiert zu sein. Dabei fällt auf, dass aktuelle politische Themen einen Einfluss auf das Interesse haben. Während im Jahr 2014 Themen wie die Masseneinwanderungsinitiative und der Umgang mit der Flüchtlingssituation in der Schweiz aktuell waren, so dominierten im Jahr 2016 die US-Wahlen das Tagesgeschehen. Dies zeigt sich beim Vergleich zwischen dem Interesse an nationaler und internationaler Politik. Das Interesse an der Schweizer Politik geht tendenziell zurück.

„Im Allgemeinen, wie sehr interessierst du dich für weltweite Politik?“
(in % SchülerInnen 15-25 Jahre)



„Im Allgemeinen, wie sehr interessierst du dich für Schweizer Politik?“
(in % SchülerInnen 15-25 Jahre)



Zahlen aus: gfs.bern, easyvote-Politikmonitor, Bern 2017 (N₂₀₁₄ = 1'308, N₂₀₁₆ = 1'477, N₂₀₁₇ = 1'271)

Bedeutung politischer Bildung

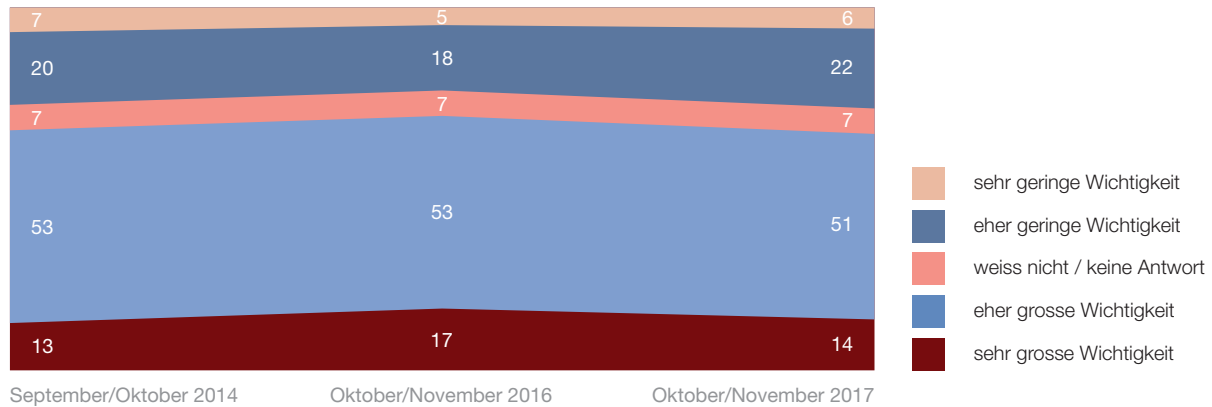
Der politischen Bildung misst die Mehrheit der Jugendlichen einen hohen Stellenwert zu, wie der Politikmonitor zeigt. Ein Grossteil (65 %) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweiz sieht die politische Bildung in der Schule als zentral an. Diese Werte sind zwar im Vergleich zum Vorjahr (70 %) leicht rückläufig, aber immer noch auf einem hohen Niveau. Diese Tatsache zeigt, dass die politische Bildung in den Augen der 15- bis 25-Jährigen weiterhin wichtig zu sein scheint. Ein etwas kleinerer Anteil, aber immer noch mehr als die Hälfte (54 %) dieser Altersgruppe, findet zudem, durch die politische Bildung in der Schule sehr viel oder eher viel gelernt zu haben. Demgegenüber sagen nur 9 % der Befragten, sie hätten gar nichts vom politischen Unterricht mitnehmen können.

Der Stellenwert und der Nutzen der politischen Bildung variiert offensichtlich nach Sprachregion. In der Deutschschweiz ist der Anteil der Jugendlichen, die angeben, in der Schule viel gelernt zu haben, am höchsten (61 %). Demgegenüber liegt dieser Anteil in der Romandie und in der italienischsprachigen Schweiz mit 41 % respektive 46 % deutlich tiefer. Interessant ist, dass in der Romandie, trotz mehr politischem

Bildungsunterricht, der Nutzen gemäss der Einschätzung der SchülerInnen tiefer ist. Dennoch bewerten die Jugendlichen aus allen drei Sprachregionen die Wichtigkeit der politischen Bildung als hoch. Während in der Deutschschweiz und der Romandie die Wichtigkeit mit 63 % respektive 64 % ähnlich wahrgenommen wird, so liegt dieser Anteil im Tessin bei 83 % deutlich höher. In der lateinischen Schweiz scheint nach der Einschätzung der SchülerInnen selbst die Lücke zwischen Ertrag und Wichtigkeit der politischen Bildung – und damit möglicherweise auch der Handlungsbedarf – grösser zu sein als in der Deutschschweiz. Dies steht im Gegensatz zu den tatsächlichen Anzahl Schulstunden im Bereich Politik, die in der Romandie höher ausfallen als in den anderen Regionen.

Es gibt jedoch nicht nur regionale Abweichungen im Hinblick auf die Wichtigkeit der politischen Bildung, sondern auch Unterschiede zwischen verschiedenen Ausbildungsrichtungen. Bei den GymnasiastInnen ist der Anteil der Jugendlichen (73 %), die angeben, die politische Bildung sei sehr oder eher wichtig, deutlich höher als bei den BerufsschülerInnen (64 %). Jedoch sind zwischen den beiden Ausbildungszweigen kaum Unterschiede vorhanden, wenn es um den Ertrag des politischen Unterrichts geht. Ähnlich viele GymnasiastInnen (57 %) und BerufsschülerInnen (56 %) finden, sie hätten dabei viel gelernt. Wenn man zusätzlich noch das Geschlecht anschaut, so zeigt sich, dass zwischen Männern und Frauen kaum Unterschiede vorhanden sind.

„Wie wichtig soll die politische Bildung in der Schule sein?“ (in % SchülerInnen 15-25 Jahre)



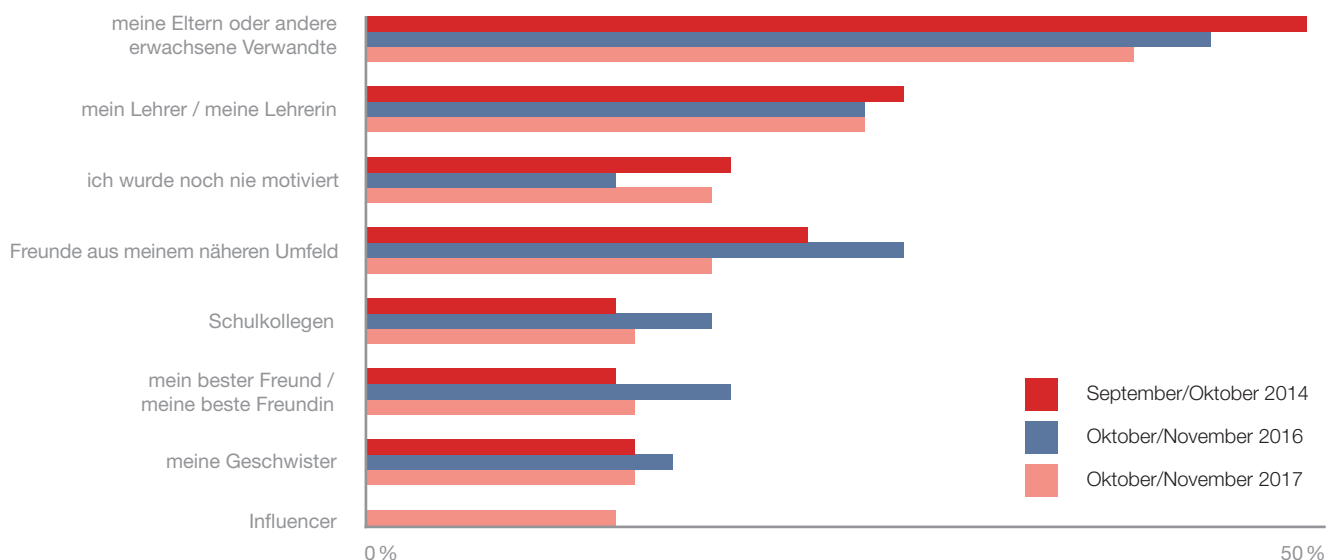
Zahlen aus: gfs.bern, easyvote-Politikmonitor, Bern 2017 ($N_{2014} = 1'308$, $N_{2016} = 1'477$, $N_{2017} = 1'271$)

Motivierende Akteure: politische Mobilisierung von Jugendlichen

Die politische Mobilisierung ist für die tatsächliche politische Beteiligung entscheidend. Das Interesse und weitere Faktoren spielen dabei eine wichtige Rolle. Die Mobilisierung wird jedoch auch von verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Ereignissen sowie vom sozialen Umfeld beeinflusst. Oft kommt der Anstoss für ein politisches Engagement von aussen. 20 % der 15- bis 25-Jährigen gaben an, dass es in ihrem Leben ein bestimmtes Ereignis gab, das sie politisch geprägt hat. Zentral erscheinen insbesondere politische Akteure und Wahlen. Dabei haben im Speziellen die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten und diejenige seines Vorgängers Barack Obama einen Grossteil der befragten Jugendlichen politisiert. Aber auch Themen wie Migration, Flüchtlinge und die Altersvorsorge, die medial viel Beachtung erhielten, haben einen Einfluss auf die Politisierung der Jugendlichen. Demgegenüber gaben 51 % der Jugendlichen an, sie wären in ihrem Leben durch kein politisches Ereignis geprägt worden und 29 % dieser Altersgruppe wissen es nicht oder können keine Antwort auf die Frage geben.

Fast die Hälfte (45 %) der befragten Jugendlichen gibt an, dass es die Eltern sind, die sie für die letzte politische Aktivität mobilisiert haben oder sie für eine zukünftige politische Aktivität mobilisieren könnten. An zweiter Stelle folgen mit 25 % LehrerInnen sowie FreundInnen und SchulkollegInnen. Weniger zentral scheinen bekannte Personen aus Kultur und Sport sowie Influencer zu sein. Einen noch geringeren Einfluss haben (junge) PolitikerInnen auf die Mobilisierung der Jugendlichen.

„Welche Personen haben dich für deine letzte politische Aktivität motiviert oder könnten dich für eine zukünftige politische Aktivität motivieren?“ (SchülerInnen 15-25 Jahre, Mehrfachantworten möglich)



Zahlen aus: gfs.bern, easyvote-Politikmonitor, Bern 2017 ($N_{2014} = 1'308$, $N_{2016} = 1'477$, $N_{2017} = 1'271$)

Popularität von politischen Aktivitäten

Für den easyvote-Politikmonitor 2017 wurde den Jugendlichen eine Auflistung politischer Aktivitäten und Gruppierungen vorgelegt. Auf dieser Grundlage wurden sie gefragt, wie gross sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, bei der vorgeschlagenen Aktivität oder Gruppierung mitzumachen oder sich zu beteiligen. Die Antworten ergeben folgende „Hitparade“ der politischen Aktivitäten und Gruppierungen für Jugendliche:

- 1. Eidg. Abstimmungen, sobald stimmberechtigt**
- 2. Diskussion mit Freunden / Verwandten**
- 3. Eidg. Abstimmungen, falls stimmberechtigt**
- 4. Initiative, Referendum, Petition unterschreiben**
- 5. Demonstration zu einem wichtigen Thema**
- 6. Eidg. Wahlen 2019**
- 7. Offizielle Interessengruppe**
- 8. Aktion auf Social Media**
- 9. Freunde motivieren**
- 10. Politisches Streitgespräch an der Schule**
- 11. Diskussion via WhatsApp / Social Media**
- 12. Event**
- 13. Online-Petition unterzeichnen**
- 14. Diskussion mit PolitikerIn**
- 15. Lockere Gruppe**
- 16. Gemeindeversammlung**
- 17. Flyer verteilen**
- 18. Auf Newsportalen kommentieren**
- 19. Social Media-Gruppe beitreten**
- 20. Politische Partei / Jungpartei**
- 21. Jugendparlament / Jugendrat**
- 22. Politisches Amt**

Politische Informationsbeschaffung und Vertrauen

Gemäss dem easyvote-Politikmonitor 2017 stellen die Schule und die Eltern die wichtigste Informationsquelle für Jugendliche dar. Fast ein Viertel (24 %) nutzt das Fernsehen für die Informationsbeschaffung betreffend Abstimmungen. Weiter informieren sich 19 % der Jugendlichen über die offiziellen Unterlagen des Bundes oder des Kantons wie das Abstimmungsbüchlein. Ein etwas geringerer Anteil sammelt seine Informationen über das Radio oder gedruckte Gratis- und Tageszeitungen. Über welche Kanäle sich Jugendliche informieren, hängt meistens auch mit der Frage zusammen, wem sie Vertrauen schenken. So hat mehr als die Hälfte der Jugendlichen ein sehr oder eher hohes Vertrauen in den Bundesrat, die öffentlichen Verwaltungen, das nationale Parlament (National- und Ständerat) und die Regierung im eigenen Kanton. Aber auch Organisationen wie der WWF, Amnesty International oder die AUNS geniessen ein sehr oder eher hohes Vertrauen vonseiten der Jugendlichen. PolitikerInnen im Allgemeinen, wie auch Jungparteien, Jugendparlamente und Abstimmungskomitees erzielen bei den Jugendlichen ein mittleres Vertrauen. Etwas weniger als die Hälfte der Jugendlichen vertraut dieser Gruppe insbesondere dann nicht, wenn es um politische Themen geht. Immerhin etwas mehr als ein Drittel (38 %) dieser Altersgruppe vertraut den ParteipräsidentInnen. Demgegenüber haben über 60 % ein eher oder sehr tiefes Vertrauen in JournalistInnen.

Ideologische Verortung der Jugendlichen

Viele Jugendliche wissen bei der ideologischen Positionierung nicht, wo sie sich im politischen zweidimensionalen Raum verorten sollen, wie der Politikmonitor zeigt. Für eine Mehrheit der 15- bis 25-Jährigen haben zwar die links-rechts- und die liberal-konservative-Dimension des ideologischen Spektrums eine Bedeutung. So geben zwei Drittel (67 %) der Jugendlichen an, dass für sie die links-rechts-Achse eine Bedeutung hat. Für etwas weniger, aber immer noch mehr als die Hälfte (53 %) dieser Altersgruppe, hat die liberal-konservative-Dimension eine Bedeutung. Allerdings deckt sich dies nicht ganz mit den Befunden zur eigenen ideologischen Positionierung. Nur 39 % der befragten Jugendlichen können sich auf beiden Dimensionen positionieren, dazu jeweils je 2 % auf nur einer der beiden Achsen. Für diejenigen, die sich politisch verorten vermögen, kristallisieren sich vier grosse Gruppen heraus. Ins Auge sticht insbesondere die starke Mitte, aber auch die Polgruppen an der liberalen und an der rechten Achse, wenn auch deutlich weniger ausgeprägt. Auf der linken Seite positionieren sich fast alle Jugendlichen im liberalen Feld. Auf der rechten Seite ist die Positionierung sowohl im liberalen als auch im konservativen Feld zu finden. Interessant ist dabei vor allem auch, dass die Unterschiede zwischen den liberal und den konservativ Gesinnten grösser werden, je weiter man auf der links-rechts-Achse nach rechts geht.

Impressum

Auflage: 500 Exemplare Deutsch, 200 Exemplare Französisch
Herausgeber: Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ
Redaktion: Team Grundlagen Politische Partizipation GPP
Lektorat Deutsch: Marina Stoffel
Lektorat Französisch: Ira Differding
Übersetzung Französisch: Christelle Mathys
Layout: Fanny Geiser, www.fannygeiser.com

Kontakt

Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ
Fédération Suisse des Parlements des Jeunes FSPJ
Federazione Svizzera dei Parlamenti dei Giovani FSPG
Seilerstr. 9, 3011 Bern
Tel. +41 (0) 31 384 08 08
info@dsj.ch
www.dsj.ch

mit den Angeboten

youpa

www.youpa.ch



www.easyvote.ch



www.engage.ch